

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Gesamtpostamt: Rint. Löhne Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

## Das Grundgesetz des wirtschaftlichen Wiederaufbaus.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlicht der neue Unterstaatssekretär Gen. Dr. August Wüller eine programmatische Vorlegung seiner Auffassungen zur Uebergangswirtschaft, die auch für unsere Kollegen von hohem Interesse ist. Wir geben deshalb die Ausführungen im Auszuge hier wieder:

Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß das deutsche Volk im allgemeinen den eigentlichen Charakter dieses Krieges immer noch nicht erfasst hat. Man übersieht inmitten der kriegerischen Ereignisse meistens die Hauptsache: daß es sich nämlich um einen Krieg Englands gegen die wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands handelt; daß England den Krieg gewonnen hat, wenn es ihm gelingt, die deutsche Volkswirtschaft, die es durch den Krieg abjorbiert, dauernd so niederzuhalten, daß dadurch die englische Superiorität (Vorherrschaft), die durch den Aufschwung Deutschlands verloren gegangen war, wiederhergestellt und durch die britische Seeherrschaft in eine Veberrschung der Weltwirtschaft durch das vereinigte Anglichentum ausgemeißelt wird. Die entscheidende Aufgabe des kommenden Friedens ist daher für uns der Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft, das heißt vor allem die Erneuerung, Verärgerung und Aufrechterhaltung unserer Produktion. Die Politik der kommenden Friedenszeit wird eine Produktionspolitik sein müssen. Nur wenn man sich diese Forderung in ihrer vollen Tragweite klarmacht, wird man auch über die Art des anzustrebenden Friedens eine zutreffende Anschauung gewinnen können. Es muß ein Frieden werden, der uns eine Konzentration unserer produktiven Kräfte ermöglicht, eine Konzentration, die das deutsche Volk nur in engem Zusammenhange mit den Völkern des europäischen Festlandes gegen England sichern kann.

So entscheidend der wirtschaftliche Gesichtspunkt für den Krieg also ist, so wenig tritt er sonderbarer Weise in der öffentlichen Erörterung zutage. Das Problem der Uebergangswirtschaft, also die erste Aufgabe des kommenden Wiederaufbaus, ist jedenfalls ein allgemein interessierendes Diskussionsthema noch nicht geworden. Nur im Handelsteil der großen Zeitungen wird es dann und wann angeschnitten. Vielst man aber nur ihren politischen Teil, so möchte man meinen, außer den Nahrungsmittelnöten beständen kaum ernst wirtschaftliche Schwierigkeiten für uns.

Es ist vielleicht erklärlich, daß das Problem der Uebergangswirtschaft außerhalb des Kreises der Interessenten, der volkswirtschaftlichen Sachverständigen und der mit der Vorbereitung der Uebergangswirtschaft Betrauten in seiner vollen Schwere noch nicht begriffen worden ist. Die Eigenart der Kriegswirtschaft verhindert den Einblick in die Verhältnisse. Die der Krieg auch außerhalb der eigentlichen Kriegszone im Wirtschaftsleben der Kriegführenden und der neutralen Völker bewirkt. Zwar die Kriegskosten und die Kriegsschulden, die kennt man; aber noch ist der Zeitpunkt nicht gekommen, an

dem mit der Tilgung dieser Schulden begonnen werden muß. Daß der deutschen Volkswirtschaft ein Zu- und Export im Wert von 20 Milliarden zunächst fehlen wird, wenn der Krieg zu Ende ist; wer außerhalb des Kreises der Volkswirte, der Kaufleute und der Industriellen, die diese Ein- und Ausfuhr bewerkstelligen, kümmert sich im Augenblick darum? Die damit im Zusammenhang stehende Frage der Valuta (Sturzwert des Geldes) ist schon gar den meisten ein Buch mit sieben Siegeln. Und vielleicht noch weniger wird empfunden, was es für unsere Verkehrs- und industriellen Anlagen bedeutet, daß in 3 Jahren Kriegsdauer eine immer intensiver werdende Ausnutzung der Anlagen, aber keine ihr das Gleichgewicht haltende Reparatur möglich gewesen ist. Die Presse würde sich ein Verdienst erwerben, wenn sie allmählich die Stöße auf die Schwierigkeiten vorbereiten würde, vor denen sich die deutsche Volkswirtschaft befinden wird, wenn der Krieg und mit ihm die Ausnutzung aller industriellen und Verkehrsanlagen für die Zwecke der Kriegführung ein Ende erreicht hat. Muß doch zunächst die Wiederaufbauaufgabe bewältigt werden, den Wirtschaftskörper des Deutschen Reiches auf die veränderte Situation umzustellen, die am Ende des Krieges vorhanden sein wird.

Ohne Opfer aller Glieder des Volkes, ohne das Aufgeben altgewohnter und liebgehabter Vorstellungen, ohne die Anwendung ganz neuer Methoden wird das, was notwendig ist, nicht durchgeführt werden können. Ich glaube nicht an die Möglichkeit eines Wiederaufbaus der Volkswirtschaft, wenn der Grundsatz in den Vordergrund gestellt wird, es komme in der Hauptsache darauf an, möglichst schnell wiederherzustellen, was bis zum 1. August 1914 bestanden hat. Gerade darum erscheint mir eine nachhaltigere Beschäftigung der Presse mit dem Problem der Uebergangswirtschaft so wünschenswert, weil diese Auffassung noch immer besteht. Die drei Jahre Krieg, aus denen ja am Ende auch noch mehr Jahre werden können, erfordern die Anwendung anderer Mittel als die einfache Rückkehr zum altgewohnten Zustand vor dem Krieg. Die Erkenntnis dieser Wahrheit wird getrübt, und die Möglichkeit einer Verständigung über die anzuwendenden Formen des Wiederaufbaus wird erschwert, wenn man das, worauf es hier ankommt, auf die Formel „Kapitalismus oder Sozialismus?“ zu bringen versucht. Kapitalistische Grundzüge von ehemals werden ja zweifellos nicht die richtigen sein, die anzuwenden sind. Aber daß in der Uebergangswirtschaft der Sozialismus zu verwirklichen sei, das ist eine Forderung, die vermutlich von der Sozialdemokratie nicht gestellt und erst recht nicht durchgeführt werden wird. Was man bisher so gemeinhin unter Sozialismus verstand, nahm seinen Ausgangspunkt doch von anderen Zuständen als von denen, die uns der Krieg hinterlassen wird. Alle Sozialdemokraten, die sich eine Vorstellung

von ihrem Zukunftsideal machten, gingen nicht von einer geschlagenen, mit gewaltigen Verpflichtungen belasteten und in ihrer technischen Leistungsfähigkeit stark beeinträchtigten Volkswirtschaft aus, sondern von einer Gesellschaft, die eine berauschende Fülle von Reichtum aufwies. Nicht um einer verarmten Volkswirtschaft auf die Peine zu helfen, sondern um den Ertrag gewaltiger gesellschaftlicher Produktivkräfte gerecht zu verteilen, predigte die Sozialdemokratie die Notwendigkeit des Sozialismus. Des ist es aber nicht, was wir zunächst gebrauchen. In einer wahrscheinlich recht lange dauernden Ubergangszeit werden wir *s p a r s a m* sein müssen wie nur irgendein armer Schluher, den der Hunger nach Besitz anspornt. Die Produkte aller Zonen stehen uns nicht so reichlich zur Verfügung wie ehemals, weil wir zunächst Schwierigkeiten haben werden, um sie zu transportieren und noch größere Schwierigkeiten, sie zu bezahlen; ganz davon zu schweigen, daß am Ende sogar ein Kriegsausgang möglich ist, der uns zunächst überhaupt den Bezug von Rohstoffen und Genussmitteln aus manchen Ländern unmöglich macht. So werden wir uns auf Jahre hinaus darauf einrichten müssen, vorwiegend von dem zu leben, was der deutsche Boden hervorbringt und was deutsche Arbeit im Zusammenwirken mit deutschem Unternehmungsgeist in Europa und in eigenen Kolonien zu schaffen in der Lage ist. Sozialismus, glaube ich, wird der überzeugte Sozialdemokrat den Zustand, dem wir entgegengehen, nicht nennen. Und dennoch wird insofern ein sozialistisches Element eine entscheidende Rolle beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft spielen müssen, als nicht das individuelle Interesse des Arbeiters und des Unternehmers (oder der Arbeiterklasse und der Unternehmerklasse), sondern das Wohl der Allgemeinheit den Maßstab abgeben wird, an dem die Zweckmäßigkeit der anzuwendenden Mittel zu messen ist. So dürfte es sich notwendig machen, der Eigentumswirtschaft aus den Zeiten bis zum 1. August 1914 die Gemeinwirtschaft der Wiederaufbauzeit gegenüberzustellen; in der Meinung, daß diese allmählich geläufig werdende Bezeichnung das, worauf es ankommt, schärfer hervorhebt als der Terminus Sozialismus, mit dem leicht Mißverständnisse verbunden sein können.

Aber selbst wenn Gemeinwirtschaft als notwendig anerkannt würde, so wäre damit doch noch nicht gesagt, welche Mittel Anwendung finden müssen, um sie durchzuführen. Neben selbstverständlicher Sparsamkeit im Verbrauch aller notwendigen Konsumgüter und ebenso selbstverständlicher Unterdrückung geschmacklosen und überflüssigen Luxus in jeder Form und bei jeder Gesellschaftsschicht muß da vor allem auf die Notwendigkeit hingewiesen werden, den Ertrag der Produktion so ergiebig wie möglich zu gestalten. Bis zum Ausbruch des Krieges waren wir reich genug, auch unwirtschaftliche Produktionsmethoden dulden zu können. Rückständigkeit, beispielsweise in unserer Mittelstandspolitik, zu pflegen, dem Reichtum und den Monopolisten Gewohnheiten zu gestatten, die nichts mehr mit rationaler Ausnutzung unserer Produktionsgüter zu tun hatten. In Zukunft muß das anders werden. Das erste Geieß, von dem Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe nach dem Krieg herricht sein müssen, wird das Geieß der rationalen Produktionsweise sein. Wir werden gut tun wie bei so manchem, was wir während des Krieges erfahren haben, auch hier nach dem britischen Weltreich zu blicken, um zu erkennen, wie etwa dieser Gedanke seine Verwirklichung finden könnte.

Bis ins kleinste haben Lloyd George, Neville Chamberlain und der Arbeiterpartei-Ledige in Großbritannien die Gedanken der Einstellung der Produktionsweise auf das ökonomische Grundgeieß; mit dem geringsten Aufwand an Mitteln den höchsten Erfolg zu erzielen, in die Praxis umzusetzen versucht. Um die heimische Landwirtschaft zu heben, sind in großzügiger Weise den Landwirten Mindestpreise für ihre Erzeugnisse garantiert worden, und zwar gleich bis zum Jahr 1923, wodurch die Grundbesitzer veranlaßt werden, vor allem die Anbaufläche zu vergrößern und sich instand gesetzt sehen,

an die Produktion selbst mehr zu wenden und sie so ertragreicher zu machen. Für die Industrie hat der Staat sich die Herrschaft über die wichtigsten Rohstoffe und Urprodukte gesichert. Die Umwandlung des Rohstoffs zum Fertigfabrikat erfolgt auf die zweckmäßigste Weise, indem Betriebe desselben Industriezweigs zusammengefaßt werden, der Zwischenhandel, wo es irgendwie geht, ausgeschaltet und unnütze Lagerung von Rohstoffen und Halbfabrikaten vermieden wird. Die Produktion geschieht unter Anwendung der neuesten und besten Maschinen, systematische und weitgehende Arbeitsteilung wird durchgeführt, und so der einzelne befähigt, seine Arbeitsleistung erheblich zu steigern. Die Lohnpolitik besteht in rücksichtsloser Durchführung des Grundsatzes der Stücklohnarbeit, aber unter Vermeidung aller heillosen Methoden, die Stücklohnarbeit zu benutzen, um die Löhne zu drücken. Konsequent und mit gewaltiger Energie steuern die leitenden Männer des kriegsführenden britischen Reiches ihrem Ziel zu, in dessen Dienst sie ihre gesamte Handels- und Verkehrs politik stellen. Sie befolgen den Grundsatz, das eigentlich werteschaffende Element in der Volkswirtschaft: die Produktion, mit allen Kräften zu fördern und zu rationalisieren und alle überflüssigen Zwischenglieder auszuschalten, alles Agententum, alles Maklerwesen zu beseitigen, soweit sie entbehrlich sind. Die Folge muß naturgemäß eine Verbilligung der Produkte auf dem heimischen Markt oder eine größere Steuerleistungsfähigkeit der Industrie sein, der es so ermöglicht wird, schnell und ohne Gefährdung der Volkswirtschaft die Kriegskosten zu bezahlen. Die Arbeiter werden an diesem Gang der Dinge dadurch interessiert, daß man versucht, sie durch hohe Löhne zur Beseitigung aller Gewerkschaftsregeln zu veranlassen, die dem gesteckten Ziel hindernd im Wege stehen. Chamberlain hat sogar einen Versuch, den er schon früher auf lokaler Grundlage in seiner Heimatstadt Birmingham gemacht hat, auf nationaler Basis wiederholt: die Schaffung einer gemeinsamen Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die mit einer für die Arbeiter günstigen Lohnpolitik das Verständnis der Arbeiter zur Einschränkung ihrer gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit zu erlangen beabsichtigt. Man will Streiks und Aussperrungen unmöglich machen und an Stelle dieser Methoden zum Ausgleich von Streitigkeiten Schiedsgerichte nach australischem Muster einsetzen. Man will ferner den Widerstand der Arbeiter gegen die Beschäftigung ungelernter Arbeiter und Frauen beseitigen. Unter Anwendung aller Mittel sollen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zur Anerkennung des Grundsatzes gebracht werden, daß für die erste Zeit nach dem Krieg auch vom Arbeiterstandpunkt aus leitender Grundsatz die rationellste Produktionsmethode sein muß, weil nur dessen reifliche Durchführung dem Land zum schnellen Ausgleich der Kriegsschäden und zur Ruhbarmachung fremder Volkswirtschaften bei der Liquidation der Kriegsfolgen verhelfen kann.

Es mag dahingestellt bleiben, ob die gemeinschaftliche Organisation der Arbeiter und Unternehmer die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen wird. Den aufmerksamen Leser der englischen Zeitungen werden Zweifel daran beschleichen, ob dieses Mittel seinen Zweck erfüllen wird. Aber das ist nicht das Entscheidende. Worauf es ankommt, das ist eben die bewundernswürdige Arbeit und Energie, mit der Lloyd George und seine Mitarbeiter auf das von ihnen erstrebte Ziel losstern. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß man sich auch in Deutschland in allen Kreisen die Frage stelle, was bisher bei uns geschehen ist, um auch bei uns den Grundsatz von der rationellsten Produktionsweise auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens durchzuführen. Ich befürchte, daß noch immer Teile des deutschen Unternehmertums den Grad von Vorurteilslosigkeit gegen die Arbeiterorganisationen nicht erreicht haben, der dazu notwendig ist. Und ob die deutschen Arbeiter sämtlich begriffen haben, daß liebgewordene Vorstellungen unter Umständen vertagt werden müssen, wenn die Durchführung des hier behandelten Grundgedankens das erfordert, ist gleichfalls fraglich.

Was hier von der Industrie gesagt wird, gilt, freilich in etwas modifizierter und den Bedingungen organischer Produktion angepaßter Weise, auch für die Landwirtschaft. Auch auf diesem Gebiet kann man noch vieles rationalisieren und so den Produktionsertrag erheblich steigern. Daß die deutsche Landwirtschaft Großes geleistet hat, wird ihr heute niemand mehr abstreiten können. Sie ist aber fähig, in Zukunft noch Größeres zu leisten, namentlich auch durch ein Zusammenwirken mit einer entsprechenden Kolonialwirtschaft. Auch für die Landwirtschaft wird der Gedanke der rationellsten Produktionsweise maßgebend sein. Auch hier ist Produktionsförderung die dringendste Aufgabe der Zukunft. Die Anerkennung dieses Grundsatzes bedeutet aber nicht die Anerkennung jener Kritik unserer Ernährungswirtschaft im Krieg, die da stets betonte, es komme ausschließlich auf die Produktionsförderung an und gar nicht auf die **R a t i o n i e r u n g** und gleichmäßige Verteilung des Produzierten. Selbstverständlich muß auch im Krieg alles getan werden, was für die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion getan wer-

den kann. Aber es hieße Illusionen nachzujagen, wollte man glauben, mit diesem Mittel jetzt schon die Nöte beseitigen zu können, die infolge der allgemeinen Nahrungsmittelknappheit zurzeit bei uns entstanden sind. Die vorbehaltslose Anerkennung der Notwendigkeit, nichts unversucht zu lassen, was die landwirtschaftliche Produktion so ertragreich wie nur möglich gestalten könnte, läßt sich durchaus mit ebenso vorbehaltsloser Unterstützung des Prinzips unserer Ernährungspolitik vereinigen.

Wenn uns die Friedenszeit für die Aufgaben gerüstet finden soll, die der deutschen Volkswirtschaft bevorstehen, werden Parlamente und Behörden, Presse und Berufsvertretungen gut daran tun, das Volk darauf vorzubereiten, wie die Kriegsschäden geheilt werden müssen. An den siegreichsten Friedensschluß könnte sich leicht eine wirtschaftliche Niederlage knüpfen, wenn das deutsche Volk sich nicht mit rastlosem Eifer bemüht zeigen wird, seine schaffenden Kräfte so anzuspannen und zu verwenden, daß sie ein Höchstmaß von Leistungen hervorbringen.

## Mißstände bei der Breslauer Straßenbahn.

In diesen Tagen erschien in der Breslauer Tagespresse folgende Notiz:

„Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn teilt folgendes mit: Die Werkstätten der städtischen Straßenbahn können nicht mehr soviel Wagen wie bisher in betriebsfähigem Zustande bereitstellen. Der Ersatz an weiblichen Fahrern dauert infolge der Sorgfalt der Auswahl und Ausbildung längere Zeit und kann dem Abgange kaum folgen. Der Magistrat hat sich daher nach Anhörung der Verkehrsdeputation entschließen müssen, den Verkehr vom 10. d. M. ab einzuschränken.“

Es wird in der Magistratsnotiz unter anderem gesagt, der Ersatz an weiblichen Fahrern kann dem Abgange kaum folgen. Sehr richtig! Der Magistrat wie sämtliche Betriebsbeamte wissen aber auch die Gründe des starken Abganges an Personal. Der Lohn wurde bei Kriegsbeginn festgelegt und ist bei den Schaffnerinnen bis heute derselbe geblieben, die Fahrerinnen haben seit Kriegsbeginn pro Monat 4,20 Mk. Zulagen erhalten. Wie die Beschäftigten bei der Teuerung damit auskommen, scheint Magistrat und Direktion nicht zu berühren. Zu dem niedrigen Lohne kommt eine geradezu unerträgliche Behandlung, die in der letzten Zeit sich noch verschlechtert hat. Immer weniger legen sich die Beamten Zwang auf. Seit die Beamten wissen, daß der Magistrat Beschwerden einzelner Bediensteter mit dem Verbands nicht verhandeln will, seit dieser Zeit nehmen die Beschwerden an Zahl zu und die Erregung des Personals wird größer und damit der Abgang desselben. Ein Beispiel dafür: Eine Kollegin des Bahnhofs 5 beschwert sich beim Bahnverwalter, daß sie beleidigt worden sei. Der Herr laßt sie aus, worauf sie auf die höheren Vorgesetzten verweist. Das veranlaßt den Herrn zu der Erwiderung, sie solle sich nur beschweren, Recht erhalte sie ja doch nicht. Man erzieht daraus, wie gut die Herren ihre Vorgesetzten und den Magistrat kennen. Wir müssen dem Bahnverwalter beistimmen, daß er nach unseren bisherigen Erfahrungen den Magistrat richtig geschätzt haben dürfte. Eine andere Kollegin desselben Bahnhofs hat von den Vorgesetzten des Bahnverwalters noch die hohe Meinung, daß Recht doch bleiben müsse, und beschwert sich beim nächst höheren Vorgesetzten im Zentralbureau, Lohetrage. Die Folge einer solchen Vermessensheit ist, daß sie seit dieser Zeit ständig Linie 5 und die Sommerwagen bedienen muß, was als schwerster Dienst und allgemein als Strafdienst gilt. Eine derartige Behandlung von Beschwerden setzt als selbstverständlich voraus, daß die gewerkschaftliche Organisation es im Interesse ihres eigenen Ansehens ablehnen muß. Beschwerdeführerinnen an eine Verwaltung zu verweisen, wo die Beamten derartig handeln dürfen. Damit hat der Magistrat uns ganz gegen unseren Willen auf den Weg der Öffentlichkeit gedrängt, die Folgen trägt der Magistrat. Man täusche sich nicht über die Stimmung der Straßenbahnerinnen über eine solche Behandlung, hauptsächlich, wenn in den Antwortschreiben offenbare Unrichtigkeiten behauptet werden. Die Beschäftigten wissen beim Lesen der Magistratsantworten ganz genau, was dabei mit den Tatsachen im Widerspruch steht und müssen dadurch jedes Vertrauen zur Objektivität des Magistrats verlieren.

Wir hatten uns in einer Eingabe gegen die höchst ungerechte Maßnahme gewandt, daß Arbeiterinnen im Erkrankungsfalle einfach entlassen werden. Darauf schreibt der Magistrat: Die Wiedereinstellung erkrankter Frauen wird seit Juni 1917 von der

Straßenbahnverwaltung nicht mehr grundsätzlich abgelehnt, sondern in der Regel genehmigt. Als dieser Entscheid in der letzten Versammlung verlesen wurde, gaben die Versammelten durch Zwischenrufe ihrer Entrüstung über diese unrichtigen Behauptungen Ausdruck. Sofort wurden Beispiele von Juli und August angeführt, die das Gegenteil beweisen.

Der Magistrat hat bereits am 17. Juli zugesagt, daß den Beschäftigten der Lohn in Lohnheften ausgehändigt werden soll, auf denen auch die einzelnen Rubriken ausgefüllt sein sollen. Wenn dies bis jetzt nicht geschehen sei, so aus Personalmangel. Das Personal glaubt allerdings an einen anderen Grund, weil regelmäßig ganz bestimmten Personen Geld fehlt und andere darüber zu klagen keinen Anlaß haben. Die weitere Versicherung des Magistrats, daß die Beschäftigten innerhalb 24 Stunden die Lohnlisten auf die Stundenzahl hin selbst nachprüfen können, erregte höhnische Bemerkungen, weil die Frauen damit üble Erfahrungen gemacht haben. Ein solches Verlangen wurde vom Verwalter des Bahnhofs 2 mit der Bemerkung abgetan: Denken Sie, die Verwaltung betrügt Sie?

Dabei müssen wir auch dem Magistrat die Frage vorlegen, ob er es für menschlich erachtet, wenn Schaffnerinnen von früh 4 bis mittags 12 Uhr nicht abgelöst werden? In dieser langen Zeit können die Frauen also keinerlei Nahrung zu sich nehmen.

Ebenso muß hiermit öffentlich verlangt werden, daß der Magistrat armen Arbeiterinnen nicht durch unberechtigte Lohnabzüge den Verdienst schmälere. Die Streckenwärterinnen erhalten Regenzeit nicht bezahlt. Wahrscheinlich glaubt man, daß sie an diesen Tagen auch nicht essen brauchen. Fällt nun in eine Stunde 15 Minuten Regenzeit, dann wird den Frauen gleich die ganze Stunde gekürzt.

Der Magistrat will nur mit seinen Arbeiterinnen Beschwerden behandeln. Daß damit bei einem Beamtenmaterial, das derart gewohnt ist, unbeschränkt zu herrschen, wie es hier bei der Straßenbahn der Fall ist, Mißstände nicht beseitigt werden können, sollte auch dem Magistrat klar sein. Es ist nur zu erklärlich, daß die Beamten sich sagen, wenn wieder eine Beschwerde wegen ihres Benehmens vorliegt: „Nun erst recht.“ Anstatt besser, treiben sie es schlimmer. Wir haben schon einmal an dieser Stelle hervorgehoben, daß die Ruhe unter dem Personal nur der Tätigkeit unseres Verbandes zuzuschreiben ist. Ohne unsere Tätigkeit würde wegen Mangels an Personal der Betrieb mancher Linie schon haben eingestellt werden müssen. Für den kommenden Winter ist aber Schlimmeres zu befürchten, wenn der Magistrat die Beamten nicht anweist, in allen Beschwerdefällen mit dem Verbands zu verhandeln. Die Abneigung der Beamten dagegen ist doch nur darauf zurückzuführen, daß sie fürchten, ihr Willkürregiment könnte darunter leiden. Wenn es aber so weiter gehen soll wie jetzt, dann treibt man die Arbeiterinnen aus dem Betriebe hinaus. Mit Strecken denken die Beschäftigten an die Unbilden des kommenden Winters, und im Publikum ist es auch bekannt, daß die Straßenbahnerinnen einen solchen bei niedrigem Lohn und schlechter Behandlung nicht wieder mitmachen wollen. Wir können nicht glauben, daß den Beamten diese Stimmung der Beschäftigten unbekannt geblieben ist. Dadurch aber kommt man unwillkürlich zu dem Schluß, daß manche Beamte eine Kraftprobe geradezu herbeiführen wollen.

Im Interesse der Allgemeinheit warnen wir hiermit den Magistrat wiederholt. Wendet er sein System der Behandlung der Frauen nicht, dann trägt er die Verantwortung für die Folgen.

Den Straßenbahnerinnen müssen wir aber auch sagen, daß sie an diesen Zuständen ein gut Teil Schuld tragen. Würden die Beamten nur wissen, daß alle Straßenbahnerinnen organisiert seien, sie würden von selbst in ihrem Benehmen umlernen. Warum aber sind noch so viele unorganisiert? Weil die Verbandszugehörigkeit Geld kostet. Wie sehr auch die unorganisierten Straßenbahnerinnen den Verband zu schätzen wissen, zeigt, daß sie in Beschwerden recht auf den Weg nach unserem Verbandsbureau finden. Der Verband könnte aber viel erfolgreicher für sie wirken, wenn alles organisiert wäre. Deshalb hinein in den Verband, nur dadurch kann die Lage der Straßenbahnerinnen gebessert werden.

## Der Gau Lübeck-Riel nach 3 Kriegsjahren.

Der Krieg hat eine große Umwälzung in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter mit sich gebracht. Dies hatte zur Folge, daß große Anstrengungen der gewerkschaftlichen Organisationen notwendig wurden, um ein Gleichgewicht zwischen der schlechten Wirtschaftslage der Arbeiter einerseits und der Einnahme bzw. Entschädigung für geleistete Arbeit andererseits herbeizuführen. Dies trifft wohl auf keine Gewerkschaft mehr zu, als auf die Organisation unseres Verbandes. Hier kam ganz besonders in Betracht, daß die gezahlten Löhne schon vor Kriegsbeginn allzu minimale waren. Einige Gemeinden waren bezüglich Entschädigung der Arbeiter, das heißt Entlohnung, arg rückständig. Dies war in den Gemeinden am schlimmsten, wo die Organisation noch nicht die genügende Stohkraft besaß. Das gleiche hat sich auch während des Krieges bemerkbar gemacht; wo keine kräftige Organisation vorhanden war, sind auch die Erfolge ausgeblieben. Da nun die Lebensverhältnisse über das ganze Reich ziemlich die gleichen sind, ist naturgemäß auch die Bedürfnisfrage die gleiche geworden. Kleine Ausnahmen finden immer statt, und so macht hier eine Ausnahme die Stadt Riel.

Riel war bekanntlich schon vor dem Kriege mit dem teuersten Pflaster belegt; dies ist auch während des Krieges nicht anders geworden. Trotz der außerordentlich gedrängten Lage können wir nicht behaupten, daß das Organisationsverhältnis ein glänzendes war. Als der Krieg begann, hatten wir dort eine Mitgliederzahl (zählende Mitglieder) von 475; diese Zahl hat sich während des Krieges auf 606 (inkl. 257 Eingezogenen) erhöht. Der Fortschritt dieser Bewegung liegt im besonderen darin, daß wir ca. 100 Mit-

glieder von den Nord-Elbe-Kanal-Arbeitern gewonnen haben. Die enorme Teuerung und mit ihr auch die Notlage hat die Organisation zu rühriger Tätigkeit veranlaßt.

Im April 1915 wurde die erste Teuerungszulage von 20 bis 50 Pf. pro Tag gewährt; am 1. Oktober wurden die Sätze auf 20 bis 60 Pf. festgesetzt; vom 1. April 1916 an galten folgende Sätze: 50 Pf. bis 1 Mk. pro Tag. Oktober 1916: Unverarbeitete 50 Pf., Verarbeitete 70 Pf. und für jedes Kind 20 Pf. mehr. Am 1. April 1917 wurde das preußische Muster eingeführt.

Die Ruhe war bei den Mitgliedern schon längst gewichen. Die gewährten Teuerungszulagen konnten die große Notlage nicht mehr abwehren. Es wurde dann im Juni 1917 eine neue Forderung, die Löhne pro Tag und Schicht um 1 Mk. zu erhöhen, gestellt. Diese Forderung ist, wie nachstehend angegeben, in Kraft getreten. Weitere Erfolge waren darin zu verzeichnen, daß die Anfrage der Organisation stattgegeben wurde, bei Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsfragen den Gauleiter heranzuziehen. In der Zwischenzeit haben noch vereinzelte Lohnsteigerungen stattgefunden. So erhielten die Licht- und Wasserwerksarbeiter Zulagen von 30 bis 80 Pf. pro Tag; ebenfalls wurden die Löhne der Abfuhrleute um 20 Pf. erhöht. Um einen festen Stamm Arbeiter zu erhalten, zahlte die Stadt den Abfuhrleuten ein Ständigkeitsgeld von 15 bis 15 Mk. pro Monat. Eine einmalige Teuerungszulage wurde ebenfalls gewährt. Auch die Kanalmitarbeiter sind nicht leer ausgegangen, sondern hatten einen recht guten Erfolg. Die ungenügenden Löhne wurden neben anderen Aufbesserungen um 50 Proz. erhöht.

Lübeck. Die Mitgliederzahl betrug im 2. Quartal 1914 345; jetzt sind vorhanden 387 (inkl. 223 Eingezogenen) Mitglieder. Die Mitgliederbewegung zeigt hier, daß eine ganz besonders große Lauheit unter den Kollegen herrscht. Es soll trotzdem nicht verkannt werden, daß hier kein Arbeiter mehr vorhanden ist, der das militärische Alter befüßt. Alles, was heute tätig ist, sind alte Leute, und wenn dann nicht genügend Werkkraft vorhanden ist, sind diese auch der Organisation nicht zugänglich. Die Tätigkeit der Organisation im Verein mit den Arbeiterausschüssen ist nicht ohne Erfolge geblieben. Zu Anfang des Krieges stellte die Gauleitung den Antrag, die Löhne für die eingezogenen Krieger den Familien weiterzuzahlen; diesem Antrage wurde stattgegeben. Im März 1915 wurde eine Teuerungszulage von 50 Pf. pro Tag beantragt; diesem Antrage wurde ab 1. April stattgegeben. Am 1. Oktober wurde eine Lohnaufbesserung gefordert; das Resultat war, daß die Teuerungszulage auf monatlich 24 Mk. festgesetzt wurde. Zum 1. August 1916 wurde der Antrag auf Lohnzulage von 1 Mk. pro Tag gestellt; hierauf wurde den Arbeitern eine Zulage von 50 Pf. pro Tag gewährt. Am 1. November wurde dann die Hunderteuerungszulage eingeführt,

## Der Gasangriff.

Die Magdeburger „Volksstimme“ bringt aus dem Brief eines jungen Magdeburgers an seine Angehörigen folgenden Auszug über einen Gasangriff:

„Achtung! Ein letztes Prüfen der Windstärke und -richtung, ein hastiges Durchfragen nach, ob alles auf seinem Posten ist, dann „Schneefall!“ Es war dies das Zeichen zum Ablassen des Gases. Ein widerliches Fischen und Pfeifen hob an, erst hier, dann dort, dann stärker. Gleichzeitig spürte man einen beißenden Geruch, der durch die Maste drang; die Augen schmerzten; man konnte die Tränen nur mühsam zurückhalten. Vor uns, wogend und brausend, zu eckeln Knäueln geballt, stieg eine giftgrüne Wolkenbank auf, deren obere Ränder 8 bis 10 Meter hoch schwefelgelb wie phosphoreszierend aufleuchteten. Zu immer dichteren Klumpen ballten sich die Wolken, bis sie vom Wind erfasst und wild durcheinander brodelnd und wirbelnd sich langsam und uns fortbewegten, der feindlichen Stellung zu. Stärker und stärker wurde das Fischen, fast wurde es ein Brausen. Schier unerschöpflich schien der Inhalt der Flaschen zu sein, immer neue Wolken entströmten ihren offenen Aleimäulern...

Die Nacht war herabgesunken. Mit ihr breitete sich Totenstille über das Land. Die feindliche Infanterie, die, bevor sie von der Gaswolke erreicht war, wir rasend geschossen, hatte ihr Feuer einstellen müssen. Nur hin und wieder strichen einzelne Schüsse, vielleicht von hochgelegenen Punkten abgefeuert, mit leisem „Sist“ über uns hin. Auch die Artillerie hatte nur zu einigen vereinzelten Schüssen Zeit gefunden; sie waren nicht gezielt und hatten keinen Schaden angerichtet. Lautlose Stille herrschte, als die letzten Schwaden, lang auf dem Boden nachschleppend, vom Wind abgetrieben wurden. Nur in einigen Senkungen des Bodens hatte sich, trübem Lachen gleich, das Gas angeammelt und war stehen geblieben. Jetzt war der Augenblick gekommen, in dem die Patrouille aus dem

Graben zu steigen hatte. Schattengleich glitten unsere Gestalten über das Gelände, vorsichtig Schritt für Schritt, aufrechtgehend. Ohne einen Schutz zu erhalten, gelangten wir ungehindert bis an die feindliche Stellung. Die Dunkelheit wurde noch verstärkt durch die vom Atmen beschlagenen Fenster der Maste.

Nichts rührte sich, keine Bewegung, kein Geräusch, nichts war zu hören, was darauf schließen ließ, daß noch irgendwelches Leben hier herrschte. Ausgestorben und tot schien die Stellung zu sein.

Vorsichtig liehen wir uns in den Graben hinabgleiten und begannen ihn abzusuchen. Fester mußten wir unsere Mästen anziehen, denn alles war erfüllt von dem Pesthauch des Gases. Aber so weit wir gingen, nichts fanden wir, weder Lebende noch Tote. Wir mochten etwa 100 Meter gegangen sein, als wir links, in der Rückenwehr des Grabens, den Eingang eines Unterstandes gewahrten. Dicke Lächer verdeckten ihn und sollten ihn abschließen gegen die eindringenden Gase. Wir hoben sie in die Höhe; eine undurchdringliche Finsternis starrte uns entgegen. Eine elektrische Taschenlampe leuchtete auf.

Von der Grabensohle aus führten etwa zehn Stufen nach einem Stollen hinab, dessen Wände mit Holz verkleidet und an denen reihenweise zwölf Betten, je zwei übereinander, angebracht waren. In der Mitte zwischen den Betten war ein Tisch aufgestellt und zu beiden Seiten desselben auf den Bänken hockten und saßen in fast grotesk zu nennenden Stellungen menschliche Gestalten, regungslos, wie wenn sie sämtlich schliefen.

Mit wurfbereiten Handgranaten drangen wir weiter ein, aber nichts regte sich und auch in den Betten sahen wir jetzt mehrere Gestalten liegen. Auf dem Tische standen mehrere Kerzen, wir entzündeten sie und beim Schein derselben hoben wir dem uns zunächst Sitzenden den Kopf, der ihm vornübergefallen war. Ein graufüßiges Totenantlitz starrte uns mit weit aus dem Kopfe gequollenen Augen an. Der Mund war quwalvoll verzerrt, die Farbe des Gesichts spielte ins Grünlichblaue und Schwarze, in den

und zwar wurden für jedes Kind monatlich 4 Mk. gezahlt. Im Februar 1917 stellte die Gewerkschaft einen Antrag auf eine einmalige Feuerungszulage, und weiter den Antrag, den Kriegervätern die Kinderzulage zu gewähren. Der erste Antrag wurde abgelehnt, dagegen der zweite angenommen, jedoch mit dem Unterschied, daß die Kriegervätern 3 Mk. monatlich für jedes Kind erhielten. Für die Friedhofarbeiter wurde auf wiederholtes Drängen der Gewerkschaft die Alterszulage gewährt. Im Februar wurde abermals eine Lohnaufbesserung von 1 Mk. pro Tag verlangt; wiederum wurden nur 50 bis 60 Pf. pro Tag gewährt. Der gesamte Erfolg ist also 1 bis 1,10 Mk. Zulage pro Tag, 24 Mk. monatliche Feuerungszulage und 4 Mk. Kinderzulage. Die Mindestlöhne betragen jetzt 5 Mk. pro Tag.

**Kostod.** Die Mitgliederzahl im 2. Quartal 1914 betrug 374, jetzt ist eine Mitgliederzahl von 417 (inkl. 198 Eingezeichneten) vorhanden. Nach der im Oktober 1915 vorgenommenen Regelung der Feuerungszulagen wurde ab 1. Juli folgende Neuregelung beschlossen: Unverheiratete 30 Pf., Verheiratete 60 Pf., Verheiratete mit 1 und 2 Kindern 90 Pf., mit 3 und 4 Kindern 1,20 Mk., bei mehr Kindern 1,50 Mk. pro Tag mehr. Am 15. Mai 1917 fand dann abermals eine Neuregelung statt; bei dieser Vorlage gingen die Unverheirateten und die Verheirateten ohne Kinder leer aus. Die Zulage wurde wie folgt festgesetzt: Unverheiratete 30 Pf., Verheiratete 60 Pf., mit 1 Kind 90 Pf., 2 Kinder 1,20 Mk., 3 Kinder 1,40 Mk., 4 Kinder 1,60 Mk., 5 Kinder 1,80 Mk. und 6 Kinder 2 Mk. Die letzte Neuregelung wurde von den Mitgliedern empört zurückgewiesen, sie entsprach nicht der Notlage der Arbeiter. Es wurde dann der Forderung gefolgt, daß eine Lohnhöhung von 1 Mk. pro Tag gefordert werden solle. Diese Forderung ist am 26. Mai dem Rat der Stadt Kostod. übermitteln und schon am 31. Mai erfolgte eine ablehnende Antwort. Die Mitglieder haben sich aber nicht zufriedengegeben und ihre Forderung wiederholt. Hier ist leider zu verzeichnen, daß die städtischen Behörden in Kostod. noch immer nicht die Notlage der Arbeiter erkannt haben. Einem von der Gewerkschaft gestellten Antrag, die Winterlöhne mit den Sommerlöhnen gleichzustellen, ist stillschweigend stattgegeben worden. Öffentlich wird es hier den Arbeitern gelingen, auch den Antrag auf eine Lohnaufbesserung durchzubringen.

**Wisnau** zählte einen Mitgliederbestand von 63, jetzt sind vorhanden 68 (inkl. 30 Eingezeichneten). Die Bewegung hat den Kriegsverhältnissen ziemlich Rechnung getragen. Zweimal wurde für die Gasarbeiter eine Lohnforderung gestellt. Sie hatten auch Erfolg. Die Feuerhausarbeiter erhielten 1,50 Mk., die Kohlen- und Straßenarbeiter 1 Mk. Zulage pro Tag. Die Bauamtsarbeiter, deren Löhne noch hinter denen der Gasarbeiter zurückstehen, er-

hielten auf ihre Eingabe hin nur eine Zulage von 50 Pf. pro Tag. Bei den Bauamtsarbeitern sprechen zwei Momente mit. Erstens sind es alles ziemlich bejahrte Leute, die dort tätig sind, und zweitens glaubte hier ein Teil, daß für sie die Organisation nicht vorhanden sei. Leider ist es auch hier wie anderswo, daß die Unorganisierten für ihre Mitarbeiter ein Hemmnis sind und sich von diesen ihre Früchte mitbauen lassen, um sie dann gleichfalls in die Städte zurück und bedarf einer Aufbesserung. Eine neue Eingabe, die Löhne um 1 Mk. pro Tag zu erhöhen, ist dem Rat unterbreitet und harret der Erledigung.

**Güstrow** hatte am Anfang des Krieges 45 Mitglieder, jetzt zeigt die Zahl 58 (inkl. 10 Eingezeichneten). Zweimal ist eine Feuerungszulage bewilligt, so daß die Höhe dieser Zulage jetzt 12 Mk. pro Monat beträgt. Einer Eingabe auf Kinderzulage ist ebenfalls stattgegeben worden und wird für 1 Kind 2 Mk., 2 Kinder 3 Mk., 3 Kinder 4 Mk., 4 bis 5 Kinder 5 Mk. gezahlt. Die Löhne haben auch eine Aufbesserung erfahren, so daß der Mindestlohn jetzt 40 Pf. die Stunde beträgt; vor dem Kriege wurden noch Löhne von 2 bis 35 Pf. die Stunde gezahlt. Das Organisationsverhältnis kann als ein recht gutes bezeichnet werden. Die kleine Zahl der Eingezeichneten erklärt sich daraus, daß die meisten Kollegen über die Jahre hinaus sind.

**Warnemünde** hatte 50 Mitglieder und zeigt heute die Zahl von 58 (inkl. 20 Eingezeichneten). Da Warnemünde unter der Herrschaft Kostods steht, sind die Vergünstigungen, die den Arbeitern gewährt werden, die gleichen wie in Kostod.

**Frunsbüttele** war zu Anfang des Krieges eine neugegründete Filiale und hatte eine Mitgliederzahl von 24; 19 sind zum Kriegsdienst eingezogen, so daß nur noch 5 Mitglieder am Orte verblieben. Die Kollegen oder vielmehr die Arbeiter des Kantons stehen uns noch immer fern, trotzdem die Erfolge, die die Organisation für sie herausgeholt hat, wohl als aufzueinander betrachten werden können; sind doch die Löhne um 30 bis 50 Proz. erhöht und außerdem die den preussischen Staatsarbeitern gewährte Feuerungszulage zugestanden. Öffentlich wird auch jetzt die Einsicht bei den noch Fernstehenden kommen, daß sie ebenfalls nicht mehr gegen ihre Kollegen in Holtzau und Mendenburg zurückstehen können.

In jüngster Zeit ist es auch gelungen, in **Kendeburg** eine Filiale zu gründen. Wir hoffen, daß die Mitgliederzahl 30 sich mittlerweile schon verdoppelt hat.

H. V.

Händen hielt der Tote noch seine Maske. Aber das Gas, dieser furchtbare, erbarmungslose Würger, hatte dem Lebenden nicht mehr Zeit gelassen, sie vors Gesicht zu bringen.

Der zweite, dritte und all die übrigen boten das selbe grauenvolle Bild des Todes. In jeder Stellung waren sie überrascht. Einige, die in den Betten lagen, hatten in ihrer Todesangst den Kopf tief in die Strohsäcke und Decken gewühlt. Einer, von der Angst gepackt, mußte versucht haben, die Wand zu erklimmen; ein rutschendes Brett hatte ihm die Hände in einem Spalt festgeklemmt und in dieser Stellung festgehalten. Wieder ein anderer mußte beim Essen von dem grünen Tode gepackt worden sein; seine Hände hielten noch ein Brot umkrallt. Und bei allen diese entsetzlich verzerrten Züge, diese grauenvollen Farben.

Dort zwischen den Brettern ein schmaler Gang. Wir dringen ein und finden eine zweite, ebenfalls mit Tüchern verhängte Öffnung. Vorsichtig steigen wir hinab. In ihrer Tiefe das gleiche Bild. Auch hier hatten die Unglücklichen vergeblich Schutz gesucht vor dem bleichen, lautlos daherschleichenden Tode. Doch horch! Klingt es dort nicht wie leises Seufzen? Gespannt horchen wir auf. Da ist es wieder. Aus jener Ecke dringt es hervor, ein schwaches Stöhnen, das mit jedem Atemzug leiser und schwächer wird. Wir treten näher und sehen beim Kerzenschein einen blutigen französischen Soldaten, ganz zusammengekauert und in Decken gehüllt. Seine Hände drücken wie im Krampf erstarrt die Maske noch vor das Gesicht, in den Armen, fest an sich gepreßt, hält er noch sein Gewehr.

Bei uns macht sich trotz der vorzüglichen Masken eine gewisse Atemnot bereits bemerkbar. Es ist höchste Zeit auch für uns, daß wir flüchten, wenn wir nicht selbst noch ein Opfer werden wollten des eigenen Gases.

Wir tapfen dem Ausgang zu und nehmen den Todgeweihten mit uns. Das gebot die Menschlichkeit, obgleich wir wußten, daß hier jede Hilfe viel zu spät kam. Was wir befürchteten, trat schon

wenige Sekunden später ein; noch im Stollen starb er uns unter den Händen.

Und seltsam! Der Name seines Vaterlandes war das letzte Wort, das ihm über die Lippen kam. Die jungen Züge waren im Tode so grauenvoll, so unmenslich verzerrt; das Kinn wurde gewaltsam nach unten gezerrt; die Zunge trat aus dem Munde heraus und die Brust hob und senkte sich trampfhaft, aber es war nur Gift, tödliches Gift, das die Lunge einatmete. Die Lider zogen sich über die Augäpfel zurück, die wie von unsichtbarer Gewalt aus ihren Höhlen gepreßt wurden.

Wir nahmen die herumstehenden Gewehre an uns und von den Toten einiges, was uns die Feststellung des Truppenteils ermöglichte. Draußen stießen wir auf eine Patrouille des Nachbarregiments. Sie hatten die gleichen Bilder des Todes gesehen.

Wir schwangen uns aus dem Graben, um so schnell wie möglich die eigenen Gräben zu erreichen und damit die gasfreie Zone. Ein seltsames Geräusch verursachten unsere Schritte im spärlichen Gras, es war ein leises Knistern und Knattern, wie wenn der Fuß über trockenes Stroh schreitet. Ein schmaler Waldstreifen, der einige hundert Meter über die feindliche Linie hinausragte, bot ein gänzlich verändertes Bild. Das vor wenigen Stunden dunkle Grün seiner Nadeln hatte sich in ein saftiges Grün gelb verwandelt, das schon beim Scheine des Mondes erkennbar war.

Dazu diese Ruhe, die unheimliche atembeklemmende Ruhe. Nichts, soweit das Auge sehen konnte, was noch Leben verriet. Selbst das sonst unaufhörliche Hasten und Jagen der hungernden Ratten und Mäuse wie ihr Pfeifen war verstummt. Nichts, auch nichts, was Leben besessen, war verschont geblieben von diesem Tod, der lautlos daherschleicht wie ein Schatten. Langsam, aber mit furchtbarer Gewißheit sein Opfer erlöst. Vor dem es kein Entrinnen gibt. Vor dem nichts Schutz gewährt. Weder die lustige Höhe des Baumes noch die Tiefe des Kellers wehrt diesem Allvernicht, den man Gas nennt."

### • Aus der Praxis der Arbeiterversicherung •

**Die Angestelltenversicherung im Jahre 1916.** Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hat soeben einen umfangreichen Geschäftsbericht für das Jahr 1916 herausgegeben. Nach ihm waren Ende 1916 vorhanden 1 976 583 versicherte Angestellte, die von 352 748 Arbeitgebern angemeldet waren. Die Zahl der Anträge auf Befreiung von der Versicherungsspflicht wächst fortgesetzt. Im Jahre 1916 gingen 12 869 ein. Zum guten Teil sind es Angestellte von Gemeinden, Kriegsbeschädigte, die sich wieder einer bürgerlichen Beschäftigung zugewandt haben, Witwen von Kriegsteilnehmern usw. Der Rentenausschuß hat die Befreiung von Kriegsbeschädigten auf Grund ihrer Militärrente für deren Dauer für zulässig. Die Verkürzung der Wartezeit durch Nachzahlung von Beiträgen ist im Jahre 1916 von 910 Versicherten beantragt worden, und wurde in 549 Fällen durchgeführt. Es wurden in diesen Fällen 609 455 Mk. nachgezahlt, so daß auf den einzelnen Versicherten eine Einzahlung von 928 Mk. entfällt. Von Angestellten selbst gingen 9881 Anträge und Anfragen auf Befreiung von der eigenen Beitragsleistung auf Grund von Lebens- und ähnlichen Versicherungen ein. Die Zahl der Ausgabestellen für Versicherungsarten hat sich im ganzen Reichsgebiet auf 35 000 erhöht. Seit Bestehen der Versicherung sind den Ausgabestellen im ganzen 67 991 Mk. an Vergütungen gezahlt worden. Im Jahre 1916 wurden 210 063 Versicherte neu aufgenommen. Darunter befanden sich 120 000 weibliche. Bei den Männern ist ein erheblicher Zugang in den höheren Altersjahren bemerkenswert. Interessant sind folgende Beobachtungen: Das Durchschnittsgehalt einer neu zugegangenen männlichen Person beträgt 1530 Mk., das einer weiblichen 829 Mk. Für 343 814 Angestellte wurde ein Stellenwechsel gemeldet, für rund 10 Proz. der Versicherten eine Erhöhung der Gehaltsklasse. Im Jahre 1916 kamen 24 000 neue Arbeitgeber zur Anmeldung. Insgesamt wurden von 1 976 588 Arbeitgebern 113 Millionen Mark Beiträge eingezahlt. Für Kriegsteilnehmer, denen nach einer später herausgekommenen Verordnung die Dienstzeit als Beitragszeit anerkannt wird, wurden 772 191 Mk. Beiträge zurückgezahlt. Die Fortreibung der Beiträge (Zwangsverfahren usw.) nimmt immer mehr Arbeit in Anspruch. Leistungen werden bekanntlich im allgemeinen noch nicht gewährt. Infolge der Abfüzung der Wartezeit erhielten aber im Berichtsjahr neun Versicherte Ausgabepfand in Beträgen von 2 bis 75 Mk. und monatlich ausgebilligt. Leibrenten nach § 63 des Gesetzes wurden 273 bewilligt. Ihr Durchschnittsbetrag war 6,94 Mk. jährlich. Es handelt sich hierbei nur um weibliche Personen, die aus der Versicherungsspflicht ausscheiden und die Versicherung nicht freiwillig fortsetzen wollen. Auf Grund des § 209 des Angestelltenversicherungsgesetzes wurden auf 6991 Anträge hin insgesamt 1 045 307 Mk. Beiträge zurückgezahlt. Es handelt sich dabei um Rückzahlungen für Versicherungen an deren Angehörige. Anträge auf Heilversfahren wurden 24 184 gestellt, davon 16 804 bewilligt, wodurch 7½ Millionen Mark Nutzen entstanden. Im allgemeinen zeigt der Bericht, welcher schwerfällige und umständliche Apparat doch die Angestelltenversicherung ist. Sie sollte wirklich vereinfacht und mit der Invalidenversicherung verschmolzen werden. Im Jahre 1916 erforderte die Verwaltung rund 6 Millionen Mark Ausgabe.

### • Aus den Stadtparlamenten •

**Rowaves.** Magistrat und Stadtverordnetenversammlung bewilligten den beschäftigten Handwerkern, Arbeitern und Arbeiterrinnen eine Lohnzulage von im Durchschnitt 30 Proz.

### • Aus unserer Bewegung •

**Darmstadt.** Durch die Fortdauer des Krieges war bei den Arbeitern und dem Fahrpersonal der „Deag“ eine Lohn- und Gehaltserhöhung erforderlich und wurde durch die Organisation der Beteiligten, den hiesigen Gemeindearbeiterverband, eine Erhöhung am 7. Mai d. J. beantragt. Die Forderung belief sich der Zeit entsprechend auf 8 Pf. pro Stunde für die Arbeiter und 15 Mk. monatlich für das Fahrpersonal. Das energische Vorgehen des Verbandes gegen die „Deag“-Direktion hatte vor einiger Zeit das Ergebnis einer Teuerungszulage, die dem ständigen Personal ab 1. Juli eine monatliche Erhöhung von 9 auf 17 Pf. brachte. Aber — jetzt kommt das Beste der Arbeit der maßgebenden Stellen — das umständliche Personal, das die Mehrzahl ist, geht leer aus, obwohl der Direktor Möller versichert, daß er sich genau der Stadt anlehne, die, wie bekannt, den Unständigen daselbe gewährt wie dem ständigen Personal. Durch sofortiges Vorgehen der Arbeiterausschüsse bei der Direktion erklärte Direktor Möller unter nicht stichhaltigen leeren Gründen, daß er den Unständigen von Zeit zu Zeit Aufbesserungen geben habe und noch gebe, und diese dann auch gut daran wären. Diese kleine Aufbesserung von Wenigen aber ist in Wirklichkeit kein Ausgleich und erreicht auch nicht die Höhe der neuen Sätze bei dem ständigen Personal. Zu dieser kritischen Lage, die noch weitere unangenehme Folgen in sich birgt, nahmen die Un-

ständigen in einer Versammlung am 13. August, die gut besucht war, Stellung. Der Gauleiter der Gemeindearbeiter, Schmitz Mannheim, erklärte den Versammelten in längeren Ausführungen die Besprechung mit Direktor Möller, aus der man ersehen konnte, daß dieser der Ansicht ist, daß der zuständige Verbandsleiter den Ausschüßungen nicht beizuhelfen dürfe, da es zu der Ausschüßordnung festgelegt sei. Zu alleiniger Besprechung wäre er mit dem Verbandsleiter immer bereit. Auf die geforderte Lohnerrhöhung könne er nicht eingehen, sondern er würde höhere Teuerungszulagen gewähren, anlehnd an die von der Stadt Darmstadt den städtischen Arbeiter bezahlten. Danach berichteten die anwesenden Ausschüßmitglieder über die am 10. August stattgehabte Sitzung, die von ihnen verlangt wurde, um Rücksprache wegen der Unständigen, die leer ausgingen, zu nehmen. Direktor Möller beharrte auf seinem Standpunkt. Bezüglich der Gewährung von Teuerungszulagen für die Kriegerrinnen, die die Stadt auch gewährt, hatte er eine gute Ausrede: es seien keine Geldmittel da! Ferner erklärte er an Hand von Nachweisen aus anderen Städten, daß er hier besser bezahle. (?) Auch seien die Löhne hier der Kriegsindustrie gleich. (?) Den Führerinnen will er ab nächsten Monat 2 Pf. zulegen! (Die Schaffnerinnen bekommen wahrscheinlich eben viele Teingelder, denn diese bekommen nichts, D. B.) Darauf legten die Ausschüßmitglieder ihre Mandate nieder, da Mitarbeit ihrerseits keinen Erfolg bringt, und überlassen es der Verbandsleitung, die das Weitere zu veranlassen habe, diese Zustände zu regeln. Der Direktion wird dies in einem Handschreiben mitgeteilt. Warum die Führerinnen Zulage ab September bekommen, ist zu durchsichtig. Herr Möller verliert die organisierten Frauen zu seinen Helfern zu machen. Aber wir glauben nicht, daß die Frauen wegen der 2 Pf. Zulage ihre Farbe wechseln. Möge das gesamte Personal immer weiter standhaft stehen, und der Erfolg wird ihnen sicher sein.

### • Aus den deutschen Gewerkschaften •

**Streiks und Ausperrungen im Jahre 1916.** Die amtliche Statistik der Streiks und Ausperrungen des Jahres 1916 ist soeben als Band 232 der Statistik des Deutschen Reiches erschienen. Wenn auch die offizielle Streikstatistik auf wesentlich anderen Grundlagen beruht als die gewerkschaftliche und daher auch stets zu anderen Resultaten führt, so verdienen ihre Resultate doch Beachtung, da sie ja zum mindesten die Entwicklung der Bewegung im Vergleich zu den Vorjahren richtig widerspiegelt. Das Jahr 1916 hat wieder eine Zunahme der Arbeitskämpfe gebracht, nachdem diese mit Kriegsbeginn außerordentlich eingeschränkt waren. Es wurden in ihm 210 Streiks mit 124 198 Beteiligten gezählt, darunter 225 Angriff- und 15 Abwehrstreiks. Ausperrungen fanden keine statt. Dagegen hatten die fünf Kriegsmonate 1914 26 Streiks mit 2094 Beteiligten und das Jahr 1915 137 Streiks und 4 Ausperrungen mit 124 198 Beteiligten aufzuweisen. Freilich war auch im letzten Jahre die Friedensziffer noch nicht annähernd erreicht, da im Jahre 1913 2127 Streiks und 337 Ausperrungen mit 311 018 beteiligten Personen amtlich gezählt wurden. Tatsächlich lagen aber die Verhältnisse im abgelaufenen Jahr bedeutend günstiger, als es bei einem Vergleiche der beteiligten Personen scheinen könnte. Der wirkliche Umfang der Arbeitskämpfe wird gekennzeichnet durch die Zahl der verlorenen Arbeitstage, die das Produkt aus der Anzahl der beteiligten Arbeiter und der Dauer der Arbeitskämpfe in Tagen bei den einzelnen Streitigkeiten darstellt. Im Jahre 1913 wurden 11 190 436 Tage durch Arbeitsstreitigkeiten verloren, 1914 sank die Summe auf 2 813 895, im ersten vollen Kriegsjahre 1915 auf 35 511, um im letzten wieder auf 245 401, d. i. etwa den vierzigsten Teil der Friedensziffer zu steigen. Den größten Umfang hatten die Arbeitskämpfe in der Gewerbegruppe Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen usw., also derjenigen Gruppe, die im wesentlichen die Kriegsindustrie umfaßt. Auf sie entfielen 55 081 oder 52,1 Proz., d. i. mehr als die Hälfte aller überhaupt Streikenden. Es folgt die Gruppe Bergbau mit 41 166 oder 35,6 Proz. der Streikenden, so daß also diese beiden Gruppen allein 88 Proz. aller Beteiligten umfassen. Die übrigen Gruppen waren alle nur mit kleineren Ziffern beteiligt. Was den Ausgang der Arbeitskämpfe anbelangt, so war dieser nach der amtlichen Darstellung, die aber in dieser Beziehung mit Vorsicht aufzunehmen ist, kein sehr günstiger. Nur 2,4 Proz. der Streikenden hatten einen vollen Erfolg; 55,1 Proz. mußten sich mit einem teilweisen Erfolg begnügen, während 42,5 Proz. überhaupt erfolglos gekämpft hatten. Im vorhergehenden Jahre waren die Verhältniszahlen 12,0, 51,7 und 36,3 Proz., also wesentlich günstiger. Die Mehrzahl der Kämpfe wurde natürlich um Erhöhung der Löhne geführt.

### • Volksversicherung •

**Das Neugeschäft der Volksfürsorge.** Das dritte Kriegsjahr ist nun am 31. Juli zu Ende gegangen, und ob wir im vierten endlich den Frieden erleben, ist eine allgemeine Hoffnung, aber leider keine Gewißheit. Trotz der ungetrübten Schwierigkeiten, die der Krieg dem wirtschaftlichen Leben unseres Landes gebracht hat, hat die Volksfürsorge mit tatkräftiger Unterstützung ihrer

Rechnungsführer und Vertrauensleute ihre Tätigkeit fortgesetzt und erfreulicherweise auch eine stete Fortentwicklung zu verzeichnen gehabt. In dem Jahre vor Ausbruch des Krieges (Juli 1913 bis 1. August 1914) waren 168 307 Anträge eingegangen. Bei Kriegsausbruch und der damit verbundenen Störung der Organisation durch militärische Einberufung zahlreicher Rechnungsführer und Vertrauensmänner kam das Neugeschäft alsbald ins Stoden; es konnten vom 1. August bis 31. Dezember 1914 nur noch 4152 Versicherungsanträge eingebracht werden. Aber schon im Jahre 1915 stieg die Zahl der Neuanträge auf 10 569, und im Jahre 1916 war die Organisation wieder soweit in Ordnung gebracht, daß 23 494 Neuanträge erzielt werden konnten. Dieser Erfolg der Verarbeitung ist nicht zuletzt der erfreulichen Tatsache zuzuschreiben, daß in vielen Orten die Lücken der einberufenen männlichen Vertrauenspersonen durch eifrige, intelligente Frauen ausgefüllt wurden, die sich besonders um die zuverlässige Erledigung des Prämieneingangs verdient machten. Auch in den bisher abgelaufenen sieben Monaten des Jahres 1917 ist eine erhebliche Steigerung des Neugeschäfts zu verzeichnen. Es waren am 31. Juli schon 20 289 Neuanträge zur Verarbeitung gekommen, so daß wir in diesem Jahr eine Antragsproduktion zu verzeichnen haben werden, um die uns manche alte Versicherungsgesellschaft grollig beneiden wird. Es sind sonach in der nunmehr abgelaufenen dreijährigen Kriegsperiode im ganzen 58 504 Neuanträge eingebracht worden. Die Versicherungssumme der im ersten Jahre des Bestandes der Gesellschaft (1. Juli 1913 bis 31. Juli 1914) abgeschlossenen Versicherungen betrug 31 531 186 Mk., für die seit Ausbruch des Krieges hinzugekommenen 58 504 Versicherungen ist eine Versicherungssumme von 12 587 144 Mk. abgeschlossen worden.

◆ Internationale Rundschau ◆

**Niederlande.** Wie unser holländisches Bruderorgan „De Werkmans“ mitteilt, ist der Mitgliederbestand in erfreulichem Wachstum begriffen und beträgt zurzeit 8100. Man hofft, daß bis zur nächsten Generalversammlung 10 000 Mitglieder im Verband vereinigt sein werden. Für das kleine Holland ist das ein recht ansehnlicher Erfolg, zu dem wir unsere Bruderorganisation nur beglückwünschen können.

**Ungarn.** Einem Schreiben der neugegründeten ungarländischen Bruderorganisation an uns entnehmen wir die erfreuliche Nachricht, daß das erste tausend Mitglieder bereits um 300 überschritten ist, trotz der Krisenperiode. Die Mitglieder rekrutieren sich sämtlich aus der Hauptstadt Budapest, und zwar aus folgenden Branchen: Straßenreiner, Aufstauerinnen, Desinfektionsanstalt, verschiedene Unterbeamte usw. Für 500 Aufstauerinnen ist eine 50prozentige Lohnerhöhung und mehrere hundert Kronen (1 Krone = 0,85 Mk.) Teuerungszulagen erteilt.

◆ Rundschau ◆

**Die Einschränkung des Gasverbrauchs.** Während des Krieges haben wir uns wohl über übel daran gewöhnen müssen, daß der Verbrauch vieler früher als unentbehrlich betrachteter Gegenstände in immer stärkerem Maße beschränkt wurde. Die neueste Beschränkung auf diesem Gebiete, die Einschränkung des Gasverbrauchs, ist aber so einschneidend, daß sie allgemein den schärfsten Widerspruch weckt. Es darf auch erwartet werden, daß die Verordnung noch wesentlich abgeändert werden wird, denn sie ist praktisch gar nicht durchführbar. Erfreulich ist die Einmütigkeit, mit welcher von allen Kreisen der Bevölkerung gegen die Gasbeschränkung protestiert wird. Aber diese Einmütigkeit kommt nicht von ungefähr. Gas ist ein besonderer Stoff, er läßt sich nicht „hamstern“, und er kann auch nicht „hintenrum“ bezogen werden. Die Ankündigung, daß den Arbeiterverbrauch über die zulässige Höchstmenge mit einem Strafpreis gebuhlet wird, der das Dreifache des normalen Preises übersteigt, würde zwar die Bescheidenden weniger schrecken, empfindlicher ist aber die Androhung der Gasperre bei wiederholter Übertretung des zulässigen Verbrauchs. Da hilft auch der große Geldbeutel nicht, daher die Allgemeinheit der Aufregung. Gar nicht auszuwenden wären auch die Scherereien, die unsere Kollegen und Kolleginnen dabei hätten, denn sie müßten in der Hauptsache all den Groll und Unmut mit anhören, an dem sie doch gänzlich unschuldig sind. Die Ursache der Gasbeschränkung ist der Kohlenmangel. Nachdem lange genug gequert worden war und diejenigen, die es sich leisten konnten, sich eingedeckt hatten, ist die Verordnung über die Beschränkung des Kohlenverbrauchs erschienen. Die kleinen Leute machen sich mit Recht schwere Sorgen, wie es mit der Heizung der Wohnungen im Winter werden soll. Es steht zu befürchten, daß es damit recht trübe werden wird, denn wir einen Winter von der gleichen Strenge bekommen wie den verflohenen. Von der mangelhaften Kohlenlieferung sind auch die Gasanstalten betroffen worden, und deshalb sollen sie die Gaslieferung einschränken. Der Reichskommissar für Gas und Elektrizität hat deshalb, daß der Gasverbrauch im allgemeinen auf 80 Proz. des bisherigen beschränkt werden soll, und seine Vertrauensmänner (das sind in Berlin die Leiter der Gasanstalten) haben nun Verordnun-

gen für die einzelnen Orte herausgebracht, durch welche Höchstmengen festgesetzt werden, die sich zuerst nach der Größe der Gasmeter richten sollte, nach neueren Mitteilungen aber „anders“ geregelt werden soll, da man wohl dem Protest etwas nachgeben will. Ein Vergleich der für den laufenden Monat zugelassenen Gasmenge mit der früheren Gasrechnung hat vielen Hausfrauen einen gewaltigen Schrecken eingejagt. Obwohl sie ohnehin schon den Verbrauch soweit als möglich eingeschränkt haben, sollen sie nun noch nicht nur 20, sondern 30 bis 50 Proz. weniger verbrauchen dürfen als früher. Gas wird zur Beleuchtung und zum Kochen verwendet. Bei dem Kohlenmangel muß viel mit Gas gelocht werden, und der Gasverbrauch ist hierbei stark, weil die Heizkraft des Gases durch Vermischung mit minderwertigem Wassergas stark beeinträchtigt ist. Dazu kommt, daß die Zeit der Hausfrau tagsüber durch das übliche „Stehen“ beim Besorgen der notwendigen Einkäufe stark in Anspruch genommen ist. Notwendige Arbeiten müssen auf den Abend verschoben werden. Das bedingt aber den Verbrauch von Leuchtgas. Schnell ist die zulässige Menge überschritten, es droht der Strafpreis und weiter die völlige Entziehung der Gaslieferung. Eine recht unerfreuliche Aussicht! Und warum diese neue Schikane? Weil man in der Regierung nicht den Mut ausgebracht hat, mit der nötigen Energie gegen die Besitzer der Kohlengruben, gegen das Kohlenhändlertum aufzutreten. Die rationellste Ausnutzung der Steinkohle ist ihre Verwandlung in Gas, wobei der Koks als wertvolles Nebenprodukt abfällt. Eine vernünftige Wirtschaftspolitik hätte deshalb dafür sorgen müssen, daß vor allem die Gasfabriken mit Kohlen versorgt werden. Die Herren vom Kohlenhändlertum finden es aber profitlicher, die Kohlen an der Erzeugungsstelle zu verkaufen und statt Kohlen Koks zu verschicken. Das könnte man ihnen in normalen Zeiten nachsehen; aber jetzt im Krieg muß das Profitinteresse selbst so einflußreicher Herren, wie es die maßgebenden Männer im Kohlenhändlertum sind, hinter dem Allgemeininteresse zurücktreten. Hätte rechtzeitig dafür gesorgt worden, daß die Gaswerke geliefert werden, dann hätte die jegliche Katastrophe nicht eintreten können. Neuerdings ist verfügt worden, daß die Koksproduktion um 6 Proz. eingeschränkt werden soll; ob damit der Gasmangel gesteuert werden kann, ist zweifelhaft. Es scheint, als sollte uns neben den vielen unvermeidlichen auch kein *vermeidliches* Übel erspart bleiben.

**Wer ist Schwerarbeiter?** Da der Unterschied zwischen dem Tarif eines Schwerarbeiters und eines Leichtarbeiters vielfach zweifelhaft ist, dürfte eine Auskunft von antiker Stelle in dieser Frage willkommen sein. Zu den Schwerarbeitern gehören folgende Berufsgattungen: 1. Bergarbeiter unter Tage, einschließlich der mittleren und unteren Grubenbeamten (Fahrbauer, Steiger, Fährbeiter und Obersteiger), soweit sie unter Tage beschäftigt sind. 2. Die an Koksöfen (Arbeiter in Gasanstalten und die Arbeiter an Koksöfen zu behandeln), Eisenerzöfen und in Pfeilfabriken beschäftigten Arbeiter, soweit sie den Einwirkungen der Hitze des Rauchs und der Dämpfe ausgesetzt sind. 3. Feuerarbeiter in der Eisenindustrie, insbesondere a) von den Arbeitern an den Hochofen, Eis- und Koksöfen, Gichter, Schmelzer, Schlackenarbeiter und sonstige Eisenarbeiter sowie Gießereiarbeiter und Arbeiter bei den Windkesseln; b) von den Arbeitern in den Stahlwerken: Arbeiter an Generatoren, Konvertieren, Martinöfen, Tiegel- und Elektroofen; ferner Gießgruben- und Wärmegrubenarbeiter, Kranführer in Ofen- und Gießhallen und über den Wärmegruben; c) von den Arbeitern in Walz-, Hammer- und Presswerken: Walz- und Arbeiter an Schweiß-, Warm- und Glühöfen, Arbeiter an Gammern, Pressen sowie Arbeiter an Sägen, Säheren, Richtmaschinen, soweit sie an warmem Metall arbeiten; d) von den Arbeitern in Eisen- und Stahlgießereien solche, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben. 4. Arbeiter in der Waffen- und Munitionsindustrie, die den unter 3. aufgeführten Arbeiterarten entsprechen, insbesondere Arbeiter an Pressen, Warm- und Glühöfen sowie in der Härterei und Bergüterei. 5. Arbeiter in Zink-, Kupfer-, Aluminium- und sonstigen Metallhütten und Metallgießereien, soweit ihre Arbeit der der unter 3. aufgeführten Arbeitergruppen gleicht: Eisenarbeiter in Zinkweißfabriken. 6. Arbeiter in Malf- und Dolomitbremerieen, Zementfabriken, in der Tonwarenindustrie (Porzellan-, Steinzeug-, Steingutfabriken, Ziegel- und Fabriken feuerfester Erzeugnisse einschließlich Albitalüberieen) und in Glashütten, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten; Arbeiter, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen zu leiden haben. 7. In der Maschinen-, Metall- und Eisenindustrie sowie in Eisenbahnwerkstätten, Brückenbauanstalten und Sechiffswerften, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten und soweit ihre Arbeiter nicht schon unter die aufgeführten Gruppen fallen; Eisen- und Hammerleute, Schmiede, Messerschmiede, Wärmeter und Feizer für schwere Gegenstände. 8. Von den Arbeitern der chemischen und Sprengstoffindustrie solche, die unter großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen besonders zu leiden haben. 9. Metallbeiter im Bergbau und in den vorgenannten Industrien, mit Ausnahme solcher Arbeiter, die eine Gasheizung oder eine Feuerung mit mechanischer Bedienung bedienen. Die Koksreiner und Nischenreiner der letztgenannten Anlagen sollen nicht unter diese Ausnahme. 10. Die Arbeiter im Bergbau und in den vorgenannten Industrien, die an sich nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, aber regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten, für die Zeit, in der sie

Nachschicht leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachschicht. 11. Lokomotivführer und Deizer auf Dampflokomotiven; Maschinen- und Deizerpersonal der See- und Binnen-Schiffahrt. Arbeiterinnen, auf die die vorstehenden Wert male zutreffen, sind wie Arbeiter zu behandeln. Freie ausländische Arbeiter stehen Inländern gleich. Die Vorschriften für Kriegsgefangene bleiben unberührt.

**Kriegerheimstätten.** Eine bis in alle Einzelheiten ausgeführte Kriegerheimstätte erregt zurzeit auf der Ausstellung für Kriegsbeschädigtenfürsorge in Leipzig allgemeines Interesse. Das auf Veranlassung des Frauendank 1914, Ortsgruppe Leipzig, von den auf diesem Gebiete besonders erfahrenen Architekten J. u. K. Stappe in Leipzig in ländlich heimlicher Bauweise errichtete Einfamilienhaus mit Stallanbau zeigt in bester Grundrisslösung die für den Kriegssiedler erforderlichen Wohn-, Schlaf-, Arbeits-, Stoff- und Nebenräume, ausgestattet mit allen notwendigen Möbeln und Geräten. Modelle und Zeichnungen, die an gleicher Stelle ausgestellt sind, zeigen den Aufbau sowie die Anpflanzungen von Kriegerheimstätten in zahlreichen Lösungen. Ein das umfangreiche Material enthaltendes Buch unter dem Titel: Kriegerheimstätten, ausgeführt und gewählte Kleinhebungen, erscheint bei Karl Marbold, Verlagsbuchhandlung in Halle a. S.

**Ein Verein „Arbeiter-Hochschule G. B.“** ist mit dem Sitz in Berlin gegründet worden. Er bezweckt die Verbreitung wissenschaftlicher Bildung und Arbeitsweise unter der Arbeiterschaft im weitesten Sinne durch Lehrgänge, Übungen, Führungen, Volkshilfsarbeiten usw. und will an der Weiterentwicklung des deutschen Volkshochschulwesens in dieser Richtung selbständig mitarbeiten. Der Verein veranstaltet Lehrgänge aus verschiedenen Gebieten von Wissenschaft und Kunst, die eine Fortsetzung der bisherigen Arbeiterfortbildungen der Humboldt-Akademie Freie Hochschule darstellen. Der Verein ist religiös und politisch neutral. Zum inneren und äußeren Ausbau des Vorlesungswesens werden ein wissenschaftlicher Beirat und eine Ehrenkommission aus den Kreisen der Vereinsmitglieder und der gesamten Hörerschaft gebildet werden. Jedes zweite Jahr soll eine allgemeine Volkshochschulversammlung für das ganze Reich veranstaltet werden, da der Verein grundsätzlich seine Ausdehnung auf das Reich erstrebt. Mitglieder des Vereins „Arbeiter-Hochschule G. B.“ können Angehörige des Arbeiter- und Angestelltenstandes werden, die passive Mitgliedschaft steht jedem Freunde des Volkshochschulwesens, auch Körperschaften und Unternehmungen, frei. Der Mitgliedsbeitrag ist 1,50 Mark jährlich, wofür die Vereinsmitglieder erhebliche Ermäßigungen bei den Organisationskosten genießen. Der Mitgliedsbeitrag für Vereine und Unternehmungen ist auf 10 Mk. festgesetzt. Auf eine Förderung des Vereins durch alle bildungseifrigen Arbeiterkreise sowie durch Freunde der Volkshochschulbildung und sozial gesunde Unternehmer wird gerechnet. Hervorragende Persönlichkeiten aus dem öffentlichen Leben haben ihre Unterstützung in Aussicht gestellt. Die Humboldt-Akademie Freie Hochschule hat dem Verein bereits eine erhebliche Beihilfe bewilligt. Der Verein unterhält Geschäftsstellen in Berlin G. 2, Neue Friedenstr. 53-55, Zimmer 88, und Berlin C. 31, Gutener Str. 11. Anmeldungen zur Mitgliedschaft werden dort sowie in sämtlichen Zweigstellen des Warenhauses Hermann Tiedt schriftlich und mündlich entgegengenommen.

**Die gefangenen Stadtverordneten.** Wie über Caparanda gemeldet wird, wurde in dem hiesigen Orte Delfingue bei Abo die gesamte Stadtverordnetenversammlung, bestehend aus 30 Mitgliedern, zwei Tage lang von französischen Arbeitern gefangen gehalten, weil sie den Arbeitern nur einen Stundenlohn von 1,70 Mk bewilligte, während die Arbeiter 2 Mk. forderten. Schließlich wurden den Männern 2 Mk., den Frauen 1,50 Mk. bewilligt. — Diese etwas irrische Selbsthilfe wäre bei uns zwar nicht möglich, könnte aber manchem einflussreichen Stadtwater immerhin mehr Verständnis für die schwierige wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter beitragen.

### Im Morgenrot.

Wie in der Morgenröte Goldschätze  
Das kahlgeplügte Bergland sich verklärt,  
Stehn wir unsterblich in der Grabenenge,  
Im Herzen tief mit aller Welt verklärt.

Nur eine Amsel küßt zarte Lieder.  
Kein Schuß springt auf; kein brüllendes Geschick,  
Noch thront die Stille majestätisch wieder  
Auf purpurtüchelfränktem Bergesfisch.

Sald haben wir uns leis zum Sang gefunden.  
„O Morgenrot...“ harst die Harmonika —  
Da bringt man langsam einen Todeswunden...  
Und wie verkennt kein plötzlich alle da.

J. Schönberg i. d. „Arbeiter-Jugend“.

### Eingegangene Schriften und Bücher

Die Kaninchenzucht hat während des Krieges eine geradezu erstaunliche Verbreitung gefunden und trägt nicht unbedeutend zur Ernährung des deutschen Volkes bei, denn das genügsame Tier gibt auch bei mäßiger Fütterung noch einen ansehnlichen und schmackhaften Ertrag. Aber damit sollte der Augen des Kaninchen noch nicht erblüht sein, vielmehr könnte es auch der Fetz- und Flecknapfheit in weitgehendem Maße abhelfen, wenn die Züchter mehr Wert auf gute Felle legen. Ihr Schwad wäre es nicht; es werden jetzt sehr hohe Preise für Kaninchenfelle angelegt. Aber die Felle müssen auch so sein, daß sie der Kürschner gut gebrauchen kann. Und da mangelt es, denn es ist durchaus nicht gesagt, daß Felle preisgekrönter Tiere für den Kürschner gut brauchbar sind. Er legt weniger Wert auf Haare und Zeichnung, als auf Dicke der Haare und Größe des Fells, selbstverständlich bei sauberem Abbalgen, sachgemäßem Ausspannen und sorgfältigem Trocknen. — Wie Zucht auf Fetz und richtige Fellbehandlung den Augen aus der Kaninchenhaltung erheben können, zeigt deutlich und überzeugend der Aufsatz „Verwertung der Kaninchenfelle, von einem Fachmann“, in dem uns vorliegende Heft 11 von „Haus, Garten, Feld“, einer sehr guten Zeitschrift, die für jeden Gartenbesitzer und Kleintierzüchter in der jetzigen Zeit geradezu unentbehrlich und nicht minder wegen ihres billigen Preises (vierteljährlich 6 Hefte, Vierteljahrspreis 25 Pf., Verlag: Franckische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart) bestens zu empfehlen ist.

Die **Wolke**, sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 64). Das eben erschienene Heft 20 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Leuck, R. d. V.: Fortschreitende Zerlegung. Dr. Rudolf Schwandt: Die Durchführung der Friedensresolution. Arwin Zaenger: Das französische Problem. Heinrich Einow: Die Agrarfrage in der russischen Revolution. Edgar Zeiger: Mittagsmahl und türkischer Pantheismus. — Einzelhefte 30 Pf., vierteljährlich 3,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postämtern.

### Totenliste des Verbandes.

<b>A. Döberschüb, Siedtenberg</b> Gasarbeiter † 19. 8. 1917, 61 Jahre alt.	<b>G. Schettler, Straßburg i. E.</b> Magazinier † 9. 8. 1917, 66 Jahre alt.
<b>Jakob Fink, Eisenach</b> Arbeiter † 12. 8. 1917, 67 Jahre alt.	<b>Gerhard Schlütermann, Sehe</b> Lehrer † 30. 7. 1917, 94 Jahre alt.
<b>Karl Frömmert, Magdeburg</b> Arbeiter † 16. 7. 1917, 62 Jahre alt.	<b>W. Schröder, Sangerhausen</b> Arbeiter † 19. 4. 1917, 19 Jahre alt.
<b>Wilhelm Hedermann, Berlin</b> Desinfektor † 19. 8. 1917, 70 Jahre alt.	<b>Albert Schulte, Magdeburg</b> Gasarbeiter † 22. 7. 1917, 69 Jahre alt.
<b>Joh. Kienwoser, Stuttgart</b> Friedhofarbeiter † 19. 8. 1917, 82 Jahre alt.	<b>Ferdinand Simon, Schwabach</b> Arbeiter † 17. 8. 1917, 58 Jahre alt.
<b>P. Kolinski, Magdeburg</b> Vaternenwärter † 7. 8. 1917, 44 Jahre alt.	<b>Johann Smolinski, Berlin</b> Gasarbeiter † 21. 8. 1917, 65 Jahre alt.
<b>Mathias Isfer, München</b> Flaschwärter † 18. 8. 1917, 57 Jahre alt.	<b>Fr. Spindler, Sangerhausen</b> Arbeiter † 21. 5. 1917, 82 Jahre alt.
<b>J. G. Pflaum, Dresden</b> Arbeiter † 19. 8. 1917, 67 Jahre alt.	<b>August Dühr, Bremerhaven</b> Strahnenarbeiter † 19. 8. 1917, 62 Jahre alt.



### Opfer des Weltkrieges:

<b>Emil Flügel, Bremen</b> am 10. August 1917 im Alter von 39 Jahren i. Lazarett gestorben.	<b>Johann Schnappauf, Fürth</b> am 24. Februar 1917 i. Alter von 30 Jahren i. Gefangenschaft gest.
<b>G. Pfumfel, Gr. Aischach</b> am 7. Juli 1917 im Alter von 34 Jahren gefallen.	<b>Olto Jander, Hamburg</b> am 10. Juli 1917 im Alter von 32 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!